

DH 5.8.10

Tempo 70 für Motorradzeit?



Die **L 409** an der Einmündung zum **Neuenweg** wird von WNKUWG als Gefahrenstelle betrachtet.

BM-FOTO: NICO HERTGEN (ARCHIV)

WERMELSKIRCHEN (gt) Erfreut und auch weniger erfreut zeigen sich jetzt Henning Rehse und Jan Paas von der WNKUWG, weil ihr Antrag für eine Geschwindigkeitsbegrenzung und die Verbesserung der Verkehrssituation auf der Landstraße 409 im Bereich Wickhausen bis Neuenweg nur teilweise erfolgreich gewesen ist. „Mit Freude“ habe die WNKUWG-Fraktion zur Kenntnis genommen, dass die Situation für Fußgänger durch den Rückschnitt des Grüns verbessert worden sei, schreiben Rehse und Paas an den Vorsitzenden des Ausschusses für Stadtentwicklung und Verkehr, Friedel Burghoff (Büfo). Unzufrieden seien sie aber, dass die übrigen Punkte ihres Antrages abgelehnt worden sind. Sie beantragen deshalb aufs Neue die Prüfung eines befestigten Verbindungsweges für Fußgänger und Radfahrer von der Einfahrt Wickhausen bis zum Neuenweg sowie eine Geschwindigkeitsbegrenzung von 70km/h in der Motorradsaison von April bis September.

Gewerbemeldungen per^{DH} Internet vorgeschlagen^{9.9.}

WERMELSKIRCHEN (gt) Eine „unternehmerfreundliche Maßnahme“ schlägt Henning Rehse, WNKUWG-Fraktionsvorsitzender, in einem Antrag an den Bürgermeister vor. Er regt an, den Unternehmen die An-, Um- und Abmeldung von Gewerbe per Internet zu ermöglichen. Andere Kommunen praktizierten dies bereits, so Rehse. Auch ergäbe sich dadurch ein Einsparpotenzial für die Stadt, meint Rehse.

WFA 12.08.

Dran an der Sache

GEWERBE

Umstellung läuft – über die KDVZ.

Wer in Wermelskirchen ein Gewerbe an-, ab- oder ummelden möchte, muss dies schriftlich tun. Auch Unterlagen, die der Stadt bereits in irgendeiner Form vorliegen, müssen dabei persönlich oder postalisch eingereicht werden.

So ähnlich schildert die WNK-UWG-Fraktion in einer Anfrage an den Haupt- und Finanzausschuss den Stand der Dinge in Wermelskirchen und fügt hinzu die Anfrage, ob das so zutrifft, sowie zudem die Ansicht, dass das unternehmensfreundlicher gehe.

Der Leiter des Ordnungsamtes, Jürgen Hemmerich, bestätigt den Ist-Zustand, sagt aber zugleich: „Wir sind an den Dingen dran.“

Weil die Entwicklung in den Händen der kommunalen Datenverarbeitungszentrale (KDVZ) Iserlohn liege, könne die Stadt kein Zeitfenster öffnen.

„Die Verbesserung ist in der Entwicklung“, sagt Hemmerich, „sie läuft aber noch nicht ganz fehlerfrei.“ s.11.

Millionenrückzahlung: Stadt Fehler vorgeworfen

BM 12.08.

VON GUNDHILD TILLMANN

WERMELSKIRCHEN Wegen der Rückforderung von zwei Millionen Euro an Städtebaufördermitteln hat Rüdiger Bornhold (WNKUWG) jetzt nach eigenen Angaben bei der Bezirksregierung vorgesprochen. Als Mitglied des Regionalrates sei es ihm möglich gewesen, den zuständigen Mitarbeiter der Bauaufsicht des Regierungspräsidenten zu sprechen, der sowohl seiner Zeit die Mittelgenehmigungen für Wermelskirchen unterschrieben hatte und nunmehr auch die Rückforderung unterzeichnet hat. Bornhold sagt, der Betreffende habe dies aber als einen ganz normalen Amtsvorgang dargestellt. Es sei nach dessen Aussage üblich, dass derjenige, der die Genehmigung zu verantworten hatte anschließend auch den Bericht des Landesrechnungsprüfungsamtes wiederum auf den Tisch bekäme.

Außerdem habe der Mitarbeiter der Bauaufsicht Bornhold gegenüber erklärt, er habe keine Fehler gemacht bei der Mittelbewilligung. Aber die Stadt Wermelskirchen habe offensichtlich nicht in allen Punkten so gebaut, wie es ursprünglich geplant worden sei, gibt Bornhold das Gespräch wieder. Er werde aber über seinen Sitz im Regionalrat mit am Ball bleiben, um die beanspruchte Rückzahlung von zwei Millionen Euro abzuwehren, sagte Bornhold der BM.

Aus dem Regierungspräsidium heißt es inzwischen, die Stadt Wermelskirchen habe lediglich einen

Prüfbericht erhalten: „Wir verschicken 15 bis 20 solcher Prüfberichte im Jahr an die Städte. Das ist nichts Außergewöhnliches“, sagte der Pressesprecher der Bezirksregierung, Oliver Königsfeld, auf Anfrage der BM. Wermelskirchen habe, wie alle anderen Gemeinden auch, jetzt die Möglichkeit einer Stellungnahme zu dem Bericht, der im Übrigen auch keine konkrete Zahlungsnachforderung beinhalte.

Bauministerium bestätigt die Stadt

Dieser Darstellung widersprechen aber Bürgermeister Eric Weik und Dezernent Dr. André Benedict Prusa. De facto enthalte der Bericht, der sehr wohl als Aufforderung zur Rückzahlung, der Städtebaufördermittel zu verstehen sei, auch konkrete Zahlen. In dem Schreiben seien nämlich die einzelnen Innenstadtausbaubereiche genau beziffert und dazu Summen benannt, die angeblich verausgabt worden seien, wobei die Förderrichtlinien vermeintlich nicht beachtet worden seien. Zähle man diese Summen zusammen, dann kommt man auf die zwei Millionen Euro, erläuterte Dr. Prusa. Für den Bürgermeister steht aber mehr und mehr fest, dass Wermelskirchen gute Karten hat, von der Rückforderung abzukommen. Denn ihm liegt ein Schreiben des Landesbauministerium vor, in dem Wermelskirchen bescheinigt wird, den Schwanenplatz genauso gebaut zu haben wie es die Förderrichtlinien vorschreiben.

KOMMENTAR

KOMMENTAR

Die Verantwortung wird abgewälzt

Ein ganz normaler Amtsvorgang? Derjenige, der bei der Bezirksregierung die Städtebaufördermittel für Wermelskirchen bewilligt hat, bekommt auch die Reklamation seiner Bewilligung von den Rechnungsprüfern des Landes wieder auf seinen Schreibtisch. Bis dahin ist das nachvollziehbar, denn dort landet es ja schließlich auch beim Verantwortlichen. Doch nun geht's weiter: Der eigentlich Verantwortliche weist die Reklamation von sich, er erklärt, er habe bei der Bewilligung keine Fehler gemacht. Und er macht nun Wermelskirchen verantwortlich, schiebt der Stadt den Schwarzen Peter zu.

Dies ist eigentlich nicht verwunderlich, denn das System zwingt ihn beinahe dazu. Denn der Fehler liegt im System: Natürlich wird derjenige, der für die Genehmigung verantwortlich war, anschließend seinen Job nicht dafür aufs Spiel setzen, wenn es Reklamationen gibt. Es ist zwar moralisch verwerflich, aber das juckt im harten Berufsleben ohnehin niemanden, die Verantwortung dann auf einen Dritten abzuwälzen. Doch Wermelskirchen scheint gute Chancen zu haben, dieses durchsichtige „Spielchen“ zu gewinnen.

GUNDHILD TILLMANN

Das Grün in Parks BM sprießen lassen 13.08.

WERMELSKIRCHEN (tei.-) Vor dem Rathaus sprießt kräftig das Kraut – im kleinen Park an der Ecke Bahnhof-/Kreuzstraße wird der Rasen alle vier Wochen gemäht. Wie in einem englischen Park. „Da ist doch ein Widerspruch“, meint Anlieger Dr. Werner Güntermann entdeckt zu haben. „Auf exponierten Flächen wie vor dem Rathaus sprießt es, aber so eine kleine Grünfläche, vor allem als Hundetoilette benutzt, wird tiptop gepflegt.“

150000 Euro sollen im Bereich der Unterhaltung und Pflege der städtischen Grünanlagen 2010 eingespart werden. So hat es der Stadtrat beschlossen. Ein Schritt, um das Elf-Millionen-Defizit abzubauen. „Deshalb sprießt jetzt auch das Unkraut vor dem Rathaus und rund um den Weihnachtsbaum“, erklärte jüngst Amtsleiter Stefan Lohkamp in der BM.

Dr. Güntermann, für die FDP im Stadtrat, sieht aber neuen Handlungsbedarf: „Je mehr das Grün in diesem Park sprießt, je weniger Hundekot wird zu finden sein. Denn je höher das Gras, um so mehr Zecken. Und da passen die Hundebesitzer schon auf.“

Der Park, so erklärte auf Anfrage der Technische Beigeordnete Dr. André Prusa, sei gestern das letzte Mal gemäht worden. „Wir haben hier einen externen Vertragspartner. Zwölfmal im Jahr, so war vereinbart, sollte gemäht werden. Wir haben das auf sechsmal für 2010 reduzieren können. Jetzt ist Schluss.“

Überhaupt würde in den Wermelskirchener Parks (Hüppital, Stadtparks Wermelskirchen und Dabringhausen) im Oktober der

letzte Schnitt erfolgen – mit einem sogenannten Mulcher. „Auch das Laub wird nicht mehr gekehrt.“ Ab 2011 ist dann die „kreative Grünflächenbewirtschaftung“ geplant. „Mitarbeiter meines Amtes sitzen derzeit über dem Konzept. Bisher gab's eine regelmäßige Pflege, künftig wird das antizyklisch in mehr oder weniger großen Abständen erfolgen“, so Dr. Prusa. Wie das im Detail abläuft, erarbeiten die Fachleute im Amt: „Damit es nicht ganz so ungepflegt aussehen wird.“

Straßen-Kehrdienst abschaffen

Henning Rehse (WNKUWG) bringt jetzt erneut einen Vorschlag vor, um vor allem die Bürger zu entlasten – „weil sie oft dafür keine Leistung bekommen“, so der Stadtverordnete: Die Abschaffung der Kehrdienst-Gebühren. Am Beispiel seiner Wohnstraße (Goethestraße) zeigt er auf, dass letztlich der Dreck liegen bleibt: „Die Straße ist mit Pflanzeninseln hübsch umgebaut worden. Aber der Parkdruck ist so groß, dass die Flächen zugestellt sind“, heißt es in einem Schreiben an Dr. Prusa. Einen sogenannten „Beikehrer“, der mit dem Besen die Ecken reinigt („das ist Teil des Vertrages“), habe er nie nicht gesehen.

Er schlägt vor, den gebührenpflichtigen Kehrdienst in den Wohnstraßen abzuschaffen und ihn auf die Bürger zu übertragen. „Ich hoffe, Sie greifen das Thema auf. Vor Jahren, als ich schon einmal kritisch hinterfragte, hat sich die damalige Dezernats- und Tiefbauamtsleitung nicht sonderlich dafür interessiert.“

FRAGE DES TAGES

FRAGE DES TAGES

GESTERN HABEN WIR SIE GEFRAGT

Sollte der städtische Kehrdienst in Wohnstraßen abgeschafft werden?

SO HABEN SIE ABGESTIMMT

JA 76 Prozent

NEIN 24 Prozent



KOMPAKT

BM 14.08.10

Gegen die Abschaffung des Kehrdienstes

WERMELSKIRCHEN (BM) „Der Kehrdienst soll nicht abgeschafft werden“, meint Dagmar Hoff und antwortet damit auf unsere gestrige Frage des Tages. Die BM-Leserin möchte ihr Votum aber auch begründen. „Denn im Winter wird Granulat gestreut, bei dem vergangenen, extremen Winter dementsprechend viel mehr. Dann, wenn Schnee und Eis getaut sind, gibt es bei einer geringen Bremsung mit dem Pkw eine nicht unerhebliche Rutschgefahr“, schreibt die Anwohnerin des Eckgrundstückes Hagenerberg 15. Dort treffe aber von beiden Seiten der Straßenverkehr zusammen, wobei der Gehweg unbefestigt sei. Wenn nun die Fahrzeuge dort auf Split abgebremst werden müssten, dann lebten Fußgänger an der Hagenerstraße entsprechend gefährlich, verdeutlicht die Anwohnerin.

Rehse: „Grünflächen unter aller Kanone“ ⁰⁸¹ 14.08.10

VON GUNDHILD TILLMANNS

WERMELSKIRCHEN Über den schlechten Zustand der städtischen Grünflächen beschwert sich jetzt WNKUWG-Fraktionsvorsitzender Henning Rehse beim Bürgermeister. Er wirft der Stadtverwaltung vor, den Sparzwang nur als Vorwand dafür anzuführen, dass die Grünflächen „unter aller Kanone aussehen“, so Rehse wörtlich. Und er wird noch deutlicher in seinem Beschwerdebrief: „Es muss der Eindruck entstehen, dass das Interesse an gepflegten Grünanlagen wie auch an einer sauberen und ordentlichen Stadt nicht unbedingt zu den Kernkompetenzen und auch vorrangigen Zielen der Verwaltung gehört. Da können leere Kassen als Ausrede natürlich gerade recht kommen“, meint Henning Rehse.

Hartz IV-Empfänger einsetzen

Dieser kündigt deshalb einen Antrag der WNKUWG an, künftig Hartz IV-Empfänger unter Weisung des Tiefbauamtes für einfache Arbeiten wie das Einsammeln von Abfällen, Kehren oder Unkrautjäten einzusetzen. Außerdem erinnert Rehse daran, das Regenbogen-Bündnis habe das Thema „saubere Stadt“ schließlich als einen seiner Schwerpunkte vereinbart. Und die Pflege der Grünanlagen zähle für die WNKUWG aber unzweifelhaft zu einer sauberen Stadt. Bürgermeister Eric Weik wundert sich allerdings über Rehse's Vorschlag, Hartz IV-Empfänger in der Grün-

pflege einsetzen zu wollen: „Das ist illegal“, betont der Bürgermeister. Und dies sei der Politik auch mehrfach mitgeteilt worden, denn der Vorschlag sei schließlich nicht neu. „Wir dürfen Hartz IV-Empfänger nur für zusätzliche Aufgaben einsetzen, die eigens geschaffen werden müssten. Es ist nicht erlaubt, sie an Stellen einzusetzen, wo aus Haushaltsgründen Kürzungen und Personaleinsparungen vorgenommen worden sind“, macht Weik deutlich.

Außerdem erinnert Weik daran, dass WNKUWG genauso wie die übrigen Fraktionen im Regenbogen-Bündnis in ihrem Sparpaket für auch Sparpositionen bei den städtischen Grünanlagen festgeschrieben haben. Er schließt nicht aus, dass die tatsächlichen Auswirkungen der Sparbeschlüsse auch den Politikern erst jetzt bewusst werden, wo das Unkraut anfängt zu sprießen und die Auswirkungen der Sparbeschlüsse jetzt auch sichtbar werden. Weik versucht aber auch zu relativieren: „Das Sparen bei den Grünflächen zeigt sich nur in einer optischen Beeinträchtigung, die eigentlich nicht schmerzhaft ist.“ Deshalb müsse sie auch in der Relation zu wirklichen Einschnitten für die Bevölkerung gesehen werden, die auch Betroffenheit erzeugen, wie beispielsweise die Schließung des Blockhauses am Braunsberg.

KOMMENTAR

Bisherige Berichterstattung unter www.rp-online.de/wermelskirchen

KOMMENTAR

Vor lauter Bäumen kein Grün gesehen

Die WNKUWG-Beschwerde sei dem sogenannten Sommerloch gezollt. Das Sommerloch ist etwas, das manche stopfen wollen, obwohl es das Loch gar nicht gibt. So mutet auch der Antrag an, Hartz IV-Empfänger fürs Müllaufsammeln und Unkrautjäten heranzuziehen. Dabei müsste WNKUWG die vielen vorher gegangenen Debatten über dieses Thema eigentlich mitbekommen haben. Immer wieder wurde seitens der Verwaltung erklärt, dass Arbeitslose nur für Zusatzaufgaben beschäftigt werden dürfen. Das ist nichts Neues!

Der WNKUWG-Antrag zeigt aber auch, dass zumindest einige Politiker mit ihrem Sparpaket etwas vorgeschlagen und beschlossen haben, dessen konkrete Auswirkungen sie sich dabei wahrscheinlich nicht vorstellen konnten. Es wurde stets nur über Bäume debattiert, deren Neupflanzung man sich sparen könne. Doch dabei wurde vor lauter Bäumen das Grün nicht mehr gesehen: Grün wie Unkraut, ungemähte Wiesen, nicht gestutzte Hecken... Die Farbe Grün hat eben viele Töne. Und die Farbe Spar-Grün kommt jetzt noch hinzu.

GUNDHILD TILLMANNS

Schwachsinn W6A schnell beenden 17.08.

Wie der Kehrdienst in der Goethestraße im wahren Leben funktioniert

Grundstückseigentümer, aber indirekt über die internen Umlagen auch die Mieter, zahlen Gebühren für die Straßenreinigung und den Kehrdienst. Urteile besagen, dass die Kommunen Gebühren lediglich für Leistungen erheben darf, die sie auch erbringt.

Ich konnte am Donnerstagmorgen zufällig in Augenschein nehmen, wie der Kehrdienst in der Goethestraße im wahren Leben funktioniert:

1. Die Goethestraße ist durch den Bau von Pflanzinseln in den 80er Jahren hübsch umgebaut worden; dadurch gibt es aber keine längeren graden Bordsteinkanten mehr.

2. Diese Pflanzinseln verhindern, dass die davor und dahinter liegenden Ecken gekehrt werden können. Den mit beauftragten „Beikehrer“ für die Ecken habe ich noch nie gesehen. Der Schmutz bleibt in den Ecken liegen und wird von den Anwohnern durchweg regelmäßig entfernt.

3. Damit nicht genug: Selbst wenn es den „Beikehrer“ gäbe, könnte er die Ecken gar nicht reinigen, da sie aufgrund des Parkdrucks durch Pkw zugestellt sind, und unter Autos zu kehren, kann nun

wirklich niemandem abverlangt werden.

4. Auch können die paar nach dem Umbau verbliebenen Seitenbereiche auf der freien Länge außerhalb der Ecken nicht gereinigt werden, da sie größtenteils auch von parkenden Pkw belegt sind.

5. Die Kehrmachine fährt also praktisch, von ein paar Schlenkern abgesehen, die Straße von oben nach unten durch und reinigt sinnloserweise die Mitte, wo sich ohnehin kein Schmutz befindet. Diese ganze Aktion macht nur einen glücklichen: den Unternehmer, der den Auftrag für den Kehrdienst hat.

Ich bitte die Stadtverwaltung dringend, sich des Themas anzunehmen und diesen Kosten verursachenden Schwachsinn schnellstmöglich zu beenden.

Mein Vorschlag wäre, mit Ausnahme von bestimmten (stark befahrenen) Bereichen der Innenstadt den Kehrdienst in den Wohnstraßen abzuschaffen und auf die Bürger zu übertragen.

Im Gegenzug dafür würden keine Gebühren mehr vom Bürger erhoben, und die Reinigung der wenigen noch zu verbleibenden Bereiche in der Innenstadt würde, da die Allgemeinheit diese Bereiche verstärkt nutzt, aus dem städtischen Haushalt bezahlt.

Henning Rehse, Vorsitzender der WNKUWG-Fraktion

BM Rehse: Nicht illegal 17.08.

WERMELSKIRCHEN (BM) Das Thema Grünflächenpflege beschäftigt weiterhin die politischen Gemüter. So nimmt WNKUWG-Fraktionsvorsitzender Henning Rehse erneut Stellung und bezieht sich auf unsere Berichterstattung und Kommentierung vom Samstag. Rehse schreibt zu dem von ihm vorgeschlagenen Einsatz von Hartz IV-Kräften für die Grünpflege: „Die Ausführungen von Bürgermeister Weik hinsichtlich der Zusatzaufgaben können auch in einem völlig anderen Licht gesehen werden. Wenn etwas seit Jahren bereits nicht stattfindet, kann es, wird es jetzt angegangen, durchaus als Zusatzaufgabe gewertet werden. Der Bürgermeister möge einmal erläutern, warum die Verwaltungschefs der Kommunen, die wie vorgeschlagen illegal verfahren, sich eigentlich noch auf freiem Fuß befinden“, meint Rehse. Man könne sicherlich diskutieren und dann demokratisch abstimmen, ob der Einsatz von Hartz-IV-Empfängern für diese Arbeiten politisch gewollt sei. Die WNKUWG nehme gerne auch andere Vorschläge wie konzertierte Aktionen der Bürgerschaft, Patenschaften etc. auf, „so sie denn greifen und das Stadtbild verbessern“, schränkt Rehse ein.

Und er verdeutlicht: „Nichtstun, die Hände in den Schoß legen und die Situation einfach akzeptieren, wie man es aus dem Umgang der Verwaltung mit dem Thema permanent entnehmen kann, wird jedoch mit der WNKUWG nicht zu machen sein. Die WNKUWG wird dann deutlich machen, wer sich auch im politischen Raum verweigert, die derzeit unbefriedigende Situation zu verbessern“, schreibt er.